

Freihandel als Lösung globaler Probleme?

Donald Trumps Ankündigung, Strafzölle zu erheben, rief die Freihandelslobby in Gestalt der EU-Kommission und der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft auf den Plan. Der Bundesverband der Deutschen Industrie warnte sogleich vor einer "Protektionismuswelle". Die von der Metall- und Elektroindustrie finanzierte "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" ergriff die Gelegenheit und nutzte Trumps Antipathiewerte, um mehr bilaterale Handelsverträge nach dem Vorbild von CETA zu propagieren.

Die gebetsmühlenartige Rede von "Trump's Protektionismus" vs. "europäischer Weltoffenheit" stilisiert Freihandel zum Gegenpol von Rechtspopulismus. Abgesehen davon, dass auch die EU Schutzzölle erhebt und Trump durchaus offene Märkte will, wenn es der US-Agrarindustrie nützt, verdeckt diese Rhetorik die finsternen Seiten des Freihandels.

Nicht von ungefähr haben sich Hunderttausende bei den Demonstrationen gegen TTIP und CETA gegen undemokratische Sonderklagerechte für Investoren gewehrt. Auch der Schutz von Menschenrechten, Klima und lokalen Entwicklungen steht bei diesen Verträgen hinter Konzerninteressen zurück.

Protektionismus im Sinne staatlicher Regulierung des freien Handels durch Zölle und andere Maßnahmen kann durchaus sinnvoll sein. Für Entwicklungsländer ist dies sogar geboten, wollen sie ihre Wirtschaft vor internationaler Konkurrenz schützen und globalen Konzernen den Zugriff auf ihre Ressourcen verwehren.

EU-Mercosur-Abkommen

Ein Beispiel sind die **Mercosur-Staaten** (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay). Mit ihnen verhandelt die EU seit 1999 ein Freihandelsabkommen, das jetzt – nach dem Einzug neoliberaler Regierungen in Brasilien und Argentinien – kurz vor dem Abschluss steht.

Ungleiche Handelspartner

Der bisherige Handel der EU mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten folgt dem typischen Muster zwischen Industrie- und Entwicklungsländern: Die EU exportiert Industriegüter, während der Mercosur für die ökonomisch ungünstigere Lieferung von Agrarprodukten und Rohstoffen zuständig ist. Dieses Gefälle würde durch das Abkommen verfestigt. Denn hier geht es um Soja, Fleisch, Ethanol und Rohstoffe aus Südamerika, während die EU ihre Marktzugänge für Industriegüter ausbauen und den Zugriff auf Landflächen und Rohstoffe sichern will.

Beschränkung staatlicher Souveränität

Geht es nach dem Willen der EU, werden durch das Abkommen Schutzbestimmungen und Handlungsmöglichkeiten der südamerikanischen Länder empfindlich beschränkt:

Zum Beispiel will die EU gesetzliche Begrenzungen für den Landkauf ausländischer Investoren aufheben. Die gesamte Energie- und Rohstoffwirtschaft des Mercosur soll liberalisiert und somit für kommerzielle Anbieter zugänglich werden. Patentrechte von Saatgutfirmen werden zum Nachteil der Bauern gestärkt. Das Einhalten der Vertragsregeln soll durch Klagen gegen Staaten und notfalls durch Strafzölle erzwungen werden.

Fleischhandel contra Klima und Menschenrechte

Ein dunkles Kapitel dieses Handelspakts ist auch die massive Steigerung des Handels mit Fleisch, Ethanol und Soja, der schon in der Vergangenheit mit schweren Klimabelastungen sowie Menschenrechtsverletzungen in Form von Landverdrängung und sklavenartiger Arbeit verbunden war.

Um den Deal zu erleichtern, scheint die EU – ungeachtet des Gammelfleischskandals des brasilianischen Fleischkonzerns JBS – gewillt, die laxeren lebensmittelrechtlichen Bestimmungen der Mercosur-Staaten zu akzeptieren.

Wie üblich sind die Verhandlungen streng geheim. Die Verhandlungstexte hat Greenpeace im November 2017 geleakt.

Diskutieren Sie über Freihandel, das EU-Mercosur-Abkommen und die Auswirkungen auf Klima und Menschenrechte

mit

Thomas Fritz,
Autor vieler Studien
über Freihandel und
Nachhaltigkeit

<https://thomas-fritz.org>



„Die Handelsschranken zwischen der EU und Mercosur sollen ohne Rücksicht auf Umwelt- und Sozialstandards fallen. Wieder ist das europäische Vorsorgeprinzip nicht Teil des Vertrages.“ **Jens Karg, Handelsexperte Greenpeace Österreich**

„Seit 1999 wird das Abkommen verhandelt. Es gibt keinen Passus, der die Folgen für die Umwelt, für die Menschen vor Ort und die Verbraucher in der EU thematisiert.“ **Francisco Mari, Brot für die Welt**

„EU-Mercosur wäre der größte Deal, den die EU je abgeschlossen hat ... Für Europa bedeutet das ... eine Flutung der Märkte mit Gentech-Soja, mit Agro-Sprit sowie mit Fleisch zweifelhafter Herkunft und Qualität.“ **Martin Häusling, Fraktion Die Grünen/EFA im EU-Parlament**

„Die Abholzung des Regenwaldes und die Landnutzung für Rinderfarmen ziehen eine massive Steigerung von Treibhausgas-Emissionen nach sich. Diese negativen Umwelteffekte werden in dem Abkommen mit Mercosur nicht adressiert, obwohl sie international vereinbarte Klimaschutzziele und Vereinbarungen zum Erhalt der Biodiversität unterlaufen können.“ **Thomas Fritz/Alessa Hartmann, PowerShift**



In Zusammenarbeit mit



Menschenrechte, Klima und der Freihandelsvertrag EU-MERCOSUR



Vortrags- und Diskussionsabend
mit

Thomas Fritz, PowerShift

Autor der MISEREOR-Studie "EU-Mercosur-Abkommen auf dem Prüfstand"

Do, 26. April 19.30 Uhr
Hessisches Staatsarchiv, Vortragssaal
Karolinenplatz 3, Darmstadt